

## **Pressemitteilung**

5. Dezember 2013

### **Appell an die künftigen Koalitionäre**

#### **Offener Brief an die Landtagsfraktionen von CDU und Grünen**

Eine grundlegende und rasche Überarbeitung des Kinderförderungsgesetzes (KiföG) muss aus Sicht des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbands unbedingt Bestandteil des Koalitionsvertrags sein, über den CDU und Bündnis 90/Die Grünen derzeit auf Landesebene verhandeln. „Sonst drohen schon vom kommenden Jahr an drastische Verschlechterungen in der Kinderbetreuung, von denen insbesondere Kinder mit Behinderungen betroffen wären“, drücken der Vorstandsvorsitzende Dr. Wolfgang Werner und der Landesgeschäftsführer Günter Woltering in einem offenen Brief an die beiden Koalitionäre ihre große Besorgnis aus.

Von einer neuen schwarz-grünen Regierung erwartet der PARITÄTISCHE Hessen außerdem eine grundlegende Reform des kommunalen Finanzausgleichs, um die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen und den Abbau sozialer Leistungen zu stoppen. Unter dem Druck des kommunalen Schutzschirms sind viele Kommunen schon jetzt sozialpolitisch gelähmt.

Im Koalitionsvertrag müssen zudem ein Konzept zur Armutsbekämpfung sowie ein Arbeitsmarkt-Budget für die Beschäftigung von langzeitarbeitslosen Menschen festgeschrieben werden. Die künftige Landesregierung muss sich zudem stärker als die bisherige für die Inklusion engagieren. Dazu gehört eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen, von der Kindertagesstätte über die Schule bis zur Arbeitswelt, die bisher oft am Ressourcenmangel scheitert.

Zu den weiteren Forderungen, die der PARITÄTISCHE Hessen an die künftigen Koalitionäre stellt, gehören eine bessere finanzielle Ausstattung der Frauenhäuser und der Gewaltprävention. In der Pflege ist eine Überprüfung des Hessischen Betreuungs- und Pflegegesetzes (HGBP) dringend geboten. „Ambulant betriebene Wohngemeinschaften für ältere und demenziell erkrankte Menschen dürfen nicht den gesamten Auflagen einer vollstationären Einrichtung unterstellt werden“, schreibt der PARITÄTISCHE Hessen in seinem offenen Brief an Volker Bouffier und Tarek Al-Wazir.

Darin appelliert er an CDU und Grüne, ihrer Verantwortung für alle Bürger/innen gerecht zu werden. „Mit den Koalitionsverhandlungen verbinden wir die Hoffnung und den Wunsch, dass soziale Gerechtigkeit in Hessen in der kommenden Legislaturperiode ein Schwerpunkt der politischen Arbeit sein wird.“

Ansprechpartnerin beim PARITÄTISCHEN Hessen:

Barbara Helfrich

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Telefon: 069/95 52 62-43

Mobil: 0163/6141626

Email: [barbara.helfrich@paritaet-hessen.org](mailto:barbara.helfrich@paritaet-hessen.org)

---

**Der PARITÄTISCHE Hessen** ist der Spitzenverband von über 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslosenhilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 54.000 hauptamtliche und 14.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

**Der PARITÄTISCHE Hessen** vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.

**Deutscher PARITÄTISCHER  
Wohlfahrtsverband  
Landesverband Hessen e.V.**

Auf der Körnerwiese 5  
60322 Frankfurt am Main

Fon: 069 955262 0  
Fax: 069 551292

E-Mail: [info@paritaet-hessen.org](mailto:info@paritaet-hessen.org)  
[www.paritaet-hessen.org](http://www.paritaet-hessen.org)